



2021/26 Wirtschaft

<https://jungle.world/artikel/2021/26/die-zweite-krise>

In der Coronakrise sind weltweit über 130 Millionen Menschen in Armut gefallen

Die zweite Krise

Von **Anja Krüger**

Die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise treffen vor allem arme Länder hart. Hunderte Millionen Menschen kämpfen um ihre Existenz, auch der Hunger breitet sich aus.

Weltweit ist auch nach bald eineinhalb Jahren kein Ende der Covid-19-Pandemie in Sicht. Bis Ende des Jahres werden zwar die reichen Länder ihre Bevölkerung wohl weitestgehend geimpft haben, doch die Verteilung von Impfstoff an den Rest der Welt läuft nur schleppend an. Erst Anfang Mai haben die USA einer Aufhebung des Patentschutzes für Impfstoffe zugestimmt, während sich die EU und besonders Deutschland weiter dagegen sperren. So werden vor allem arme Länder wahrscheinlich noch einige Jahre mit dem Virus zu kämpfen haben. Dabei trifft sie die wirtschaftliche Krise bereits viel härter als die reichen Industrieländer.

Das Washingtoner Forschungsinstitut Pew Research Center geht davon aus, dass im vergangenen Jahr weltweit rund 150 Millionen Menschen aus der Mittelschicht abgestiegen sind.

Die Pandemie hat weltweit zu einem beispiellosen Wirtschaftseinbruch geführt. Den Vereinten Nationen (UN) zufolge ist die Produktion im vergangenen Jahr um 4,3 Prozent zurückgegangen, dreimal so stark wie im Jahr 2009 nach der Weltfinanzkrise. 131 Millionen Menschen rutschten in die Armut. Auch in Deutschland warnten Wohlfahrtsverbände kürzlich vor wachsender Armut und fehlenden Perspektiven besonders für arme Kinder und Jugendliche, während die Tafeln eine steigende Nachfrage nach kostenlosen Lebensmitteln vermeldeten. Doch besonders hart trifft es die Bevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern, wo kein Sozialstaat sinkende Einkommen zumindest teilweise ausgleicht. Weltweit wächst die Kluft zwischen armen und reichen Ländern. Die USA und Europa können die Krisenfolgen mittels großer Ausgaben bewältigen, stellt der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem Frühjahrgutachten fest, doch dafür fehlt Ländern wie Sambia, Kenia, der Mongolei und Peru das Geld.

Die Pandemie unter ihre Auswirkungen trafen arme Länder gleich mehrfach. Ihre Wirtschaft litt unter den Schutzmaßnahmen wie Ausgangssperren, die zu Produktionsausfällen führten, das Einholen von Ernten verhinderten und den informellen Sektor der Ökonomie nahezu zum Erliegen brachten. Gleichzeitig mussten sie mit den Folgen der Maßnahmen in den reichen Industriestaaten fertigwerden. Als in Europa während der ersten Welle der Pandemie im

vergangenen Jahr Geschäfte schlossen, stornierten Bekleidungskonzerne in großem Stil Aufträge und bezahlten bereits hergestellte Kleidung nicht. Millionen von Beschäftigten in den Textilfabriken Südostasiens verloren ihren Arbeitsplatz oder erhielten ihren Lohn nicht. Allein in Bangladesh hatten nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Fabriken bis April vorigen Jahres Aufträge im Wert von mehr als drei Milliarden US-Dollar eingebüßt, mehr als 2,3 Millionen Textilarbeiter wurden arbeitslos.

Besonders hart trifft die Pandemie Arbeiter, die sowieso kaum Schutz haben. »Der weitverbreitete Mangel an sozialer Absicherung – beispielsweise bei den weltweit zwei Milliarden Beschäftigten im informellen Sektor – bedeutet, dass pandemiebedingte Arbeitsunterbrechungen katastrophale Folgen für das Familieneinkommen und den Lebensunterhalt haben«, heißt es in einem Anfang Juni veröffentlichten Bericht der ILO. Die Organisation schätzt, dass dieses Jahr weltweit 100 Millionen Vollzeitarbeitsplätze wegen der Coronakrise verlorengehen.

2022 könnten demnach 205 Millionen Menschen arbeitslos sein, knapp 20 Millionen mehr als vor der Pandemie.

Wer in der Schattenwirtschaft tätig ist, hat kaum Ansprüche an den Staat oder, soweit dieses existiert, das Sozialversicherungssystem. Die Situation von illegal beschäftigten Hausangestellten oder Arbeitnehmern ohne Aufenthaltsgenehmigung ist besonders prekär. Untersuchungen von Entwicklungsorganisationen zeigen, dass in Lateinamerika Hausangestellte massenhaft von ihren Arbeitgebern vor die Tür gesetzt oder aber in deren Häusern kaserniert wurden.

Der Weltbank zufolge lebten bereits vor der Pandemie 877 Millionen Menschen von zwei bis drei US-Dollar am Tag. Vielen Millionen droht jetzt extreme Armut, warnen Entwicklungsorganisationen und die UN, also ein Einkommen von weniger als 1,90 US-Dollar täglich. Hinter solchen Zahlen verbergen sich unzählige Schicksale von Menschen, die buchstäblich nichts mehr haben, und von Kindern, die sich verdingen müssen, statt zur Schule zu gehen, um ihre Familie wenigstens mit einem Kleinstbetrag zu unterstützen.

Ein weiteres Problem: Die Überweisungen von Arbeitsmigranten an ihre Angehörigen in den Herkunftsländern gingen stark zurück. Zwar stabilisierte die wirtschaftliche Erholung in den reichen Ländern die Lage zuletzt wieder, doch nach Angaben der Weltbank sank der Wert solcher Überweisungen voriges Jahr weltweit dennoch um acht Milliarden US-Dollar. Außerdem versiegte mit der Einschränkung des Tourismus für etliche Länder eine der wichtigsten Einnahmequellen. Einer Berechnung zufolge gingen weltweit 100 Millionen Arbeitsplätze im Tourismussektor verloren.

Afrika erlebte voriges Jahr zum ersten Mal seit mehr als einem Vierteljahrhundert eine Rezession. Das wirft viele Menschen wirtschaftlich zurück. In den vergangenen Jahrzehnten war eine neue Mittelschicht entstanden, deren Kaufkraft für ein kontinuierliches Wachstum gesorgt hatte. Zum ersten Mal seit den neunziger Jahren ist diese Bevölkerungsgruppe geschrumpft. Das Washingtoner Forschungsinstitut Pew Research Center geht davon aus, dass im vergangenen Jahr weltweit rund 150 Millionen Menschen aus der Mittelschicht abgestiegen sind, vor allem in Indien, Südasien und Afrika südlich der Sahara. Das Institut definiert die Mittelschicht über ein kaufkraftbereinigtes Pro-Kopf-Einkommen zwischen zehn und 20 US-Dollar täglich.

Die Pandemie verstärkt auch die bestehenden Hungerkrisen, die durch Kriege, Naturkatastrophen und steigende Preise verursacht werden. Nach Angaben der UN sind die Preise für Lebensmittel weltweit in einem Jahr um 40 Prozent gestiegen. David Beasley, der Generaldirektor des Welternährungsprogramms (WFP) der Vereinten Nationen, fürchtet für mehr als 30 Länder eine akute Hungersnot.

Der Währungsverfall in vielen Ländern verteuert Importe. Nahezu alle Regierungen mussten in der Krise verstärkt Staatsschulden aufnehmen. Doch nur bei 15 Prozent der Industrieländer wurde die Kreditwürdigkeit herabgesetzt, von den Entwicklungs- und Schwellenländern waren es fast 40 Prozent. Die Herabstufung hat zur Folge, dass die Kreditaufnahme noch teurer wird. Schon vor der Coronakrise waren 40 Prozent der armen Länder überschuldet, vor allem afrikanische Staaten haben akute Zahlungsschwierigkeiten. Die Weltbank immerhin gewährt Regierungen ärmerer Länder auch Hilfen zu günstigen Konditionen. IWF-Kredite dagegen erhöhen den Schuldendruck weiter. Der IWF besteht stets auf Gegenleistungen: Privatisierung, Deregulierung sowie das Zurückfahren von Sozialleistungen und staatlichen Programmen.

Aber auch ohne Zutun des IWF kann die hohe Zinslast zu drastischen Sparprogrammen zwingen, die immer zu Lasten der Ärmere gehen. Die Reichen sind nicht abhängig von staatlichen Leistungen, nicht einmal für die eigene Sicherheit. Sie kaufen sich, was sie zu brauchen meinen, während diejenigen, die kein Geld dafür haben, nicht nur unter steigenden Steuern, - Lebensmittelpreisen und Mieten leiden, sondern auch Opfer um sich greifender Elendskriminalität werden.

Im Frühjahr vorigen Jahres haben die Industrieländer der G20 ein Schuldenmoratorium für arme Länder beschlossen, das bis zum kommenden Dezember verlängert wurde. Doch das Moratorium gilt nur für staatliche Kredite, nicht für solche privater Banken. Fast ein Viertel der Schulden haben Entwicklungs- und Schwellenländer aber Schätzungen zufolge bei privaten chinesischen Unternehmen. Das sorgt für Konflikte, denn die herkömmlichen Gläubiger im Westen haben kein Interesse daran, armen Ländern durch eigenen Verzicht die Rückzahlung chinesischer Kredite zu finanzieren. Die Weltbank mahnt, das Schuldenproblem unter Einbeziehung Chinas zu lösen, zum Beispiel durch Fristverlängerungen, niedrigere Zinsen oder Erlass. Daran dürften auch die reichen Industrieländer Interesse haben, denn Schuldenkrisen wie in Lateinamerika in den achtziger oder in Ostasien in den neunziger Jahren schlugen auf das Weltfinanzsystem durch.

»Wachstum und Stabilität in Afrika bedeuten Wohlstand und Stabilität in Europa«, sagte die IWF-Direktorin Kristalina Georgiewa am Rande des Pariser Gipfeltreffens zur Finanzierung der Ökonomien Afrikas, zu dem der französische Präsident Emmanuel Macron im Mai geladen hatte. Damit die armen Länder schnell Geld erhalten, um die Folgen der Coronakrise zu lindern und ihre Wirtschaft in Gang zu bringen, will der IWF seine sogenannten Sonderziehungsrechte nutzen. Dieses Instrument kommt zum Zug, wenn weltweiter Bedarf an liquiden Geldmitteln besteht. Die Verteilung erfolgt entsprechend des Anteils, den das jeweilige Land zum Internationalen Währungsfonds beiträgt, reiche Länder bekommen also mehr als arme. Die afrikanischen Länder würden 33 Milliarden US-Dollar erhalten. Macron hat sich die Forderung vieler Entwicklungsorganisationen zu eigen gemacht, dass die reichen Länder einen Teil ihrer Mittel aus der Sonderziehung an die armen weiterleiten und so 100 Milliarden US-Dollar für Afrika bereitstellen. Der IWF plant die Ausschüttung für August. Bis dann wird sich zeigen, ob die wohlhabenderen Länder wenigstens zu dieser Hilfe bereit sind.